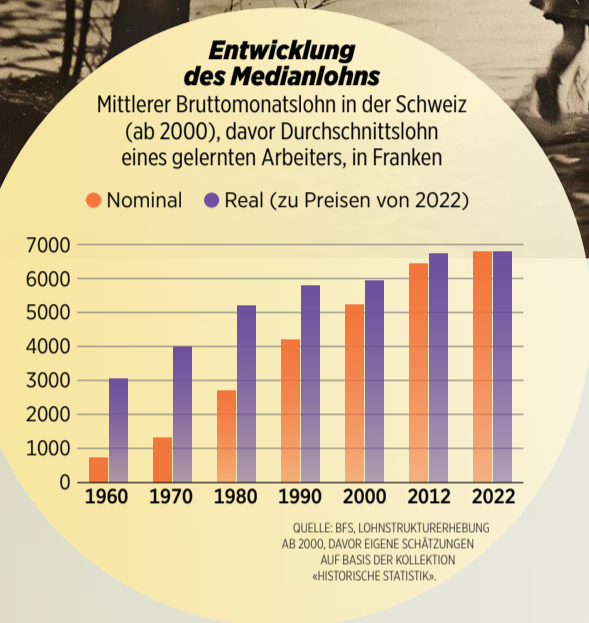




Autos pro 1000 Einwohner
350 1980
540 2022

In den 70ern hatte die typische Mittelschichtsfamilie höchstens ein Auto und etwa 30 Quadratmeter Wohnfläche pro Kopf.

Medianlohn pro Monat 1970
1300
 Das würde heute etwa 4000 Franken entsprechen.



Seit Jahrzehnten behaupten Gewerkschaften und SP, die Mehrheit der Schweizer Bevölkerung habe **immer weniger zum Leben**. Doch die Zahlen zeigen eine andere Realität.

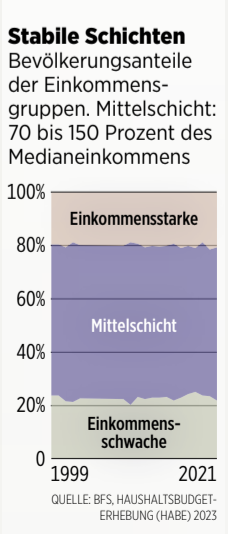
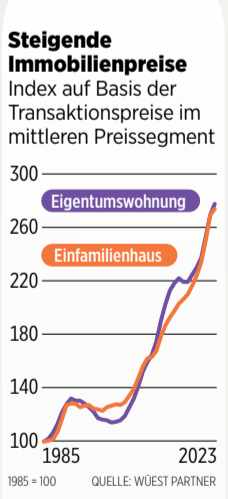
Die Mär vom verarmten Mittelstand

STEFAN BARMETTLER UND PETER ROHNER

Der Schweizer Mittelstand pfeift aus dem letzten Loch. Das jedenfalls behaupten die Versicherung Pax und die Organisation Pro Familia, die kürzlich eine Onlinebefragung publizierten, die aufzeigen sollte, wie es um die Finanzkraft dieses Mittelstands steht. Schlimm, behaupten Pax und Pro Familia. Zitat: «Für 52 Prozent reicht das Einkommen nur knapp oder gar nicht.» Schliesslich steigt die finanzielle Belastung, alles wird teurer: Krankenkasse, Benzin, ÖV, Pasta, Wohnungsmiete – und Strom sowie so. Die Medien

von Rorschach bis Genf griffen den Alarmruf auf und drechselten knackige Schlagzeilen. Der «Tages-Anzeiger» zum Beispiel titelte: «Schweizer Familien verzichten auf weitere Kinder – aus Geldsorgen». Im «Blick» erklärten Eltern, welche Teilzeit arbeiten und 11 000 Franken brutto im Monat verdienen, dass sie bescheiden lebten – und Ende Monat trotzdem kaum etwas übrig bleibe. «Die Politik lässt Familien im Stich», resümierte die Zeitung. Nur: Bleibt tatsächlich kaum etwas übrig? Steckt der Mittelstand wirklich in akuter Finanznot, wie landesweit zu lesen war? So akut gar, dass 40 Prozent des Mittelstands auf weitere Kinder verzichten, wie Pax und Pro Familia verbreiten? Die Fakten zeigen ein anderes Bild.

Mittelstand mit 214 000 Franken
 Der Mittelstand in der Schweiz gilt seit einem Jahrhundert als Stütze und Seele der Schweiz. Gemäss amtlicher Definition macht er zwischen 50 und 60 Prozent der Einwohnerschaft aus. Definiert wird das mittelständische Einkommen in Prozenten: Zum Mittelstand zählt, wer 70 bis 150 Prozent des Medianeinkommens bezieht. Das Medianeinkommen ist exakt jenes Einkommen in der Mitte der Verteilung, bei der die eine Hälfte mehr verdient, die andere Hälfte weniger. In Franken ausgedrückt: Bei den Alleinlebenden gehört zur Mittelschicht, wer im Monat brutto – also vor Abzug von Abgaben – zwischen 4000 und 8500 Franken verdient (Stand 2021). Bei den



vierköpfigen Familien sind diejenigen Teil der Mittelschicht, deren Einkommen zwischen 8300 und 17800 Franken im Monat liegt und die damit ein Bruttoeinkommen von bis zu 214 000 Franken im Jahr haben. 2021 zählten 57,6 Prozent der Bewohnerinnen und Bewohner nach amtlicher Definition zur Mitte.

Dieser Bevölkerungsanteil, der Mittelstand also, blieb seit Ende der 1990er-Jahre weitgehend stabil und bewegte sich zwischen 54,4 Prozent (2018) und 61,3 Prozent (2009). Von einer Erosion der Mittelschicht kann daher nicht die Rede sein, zumindest nicht mit Bezug auf die letzten 23 Jahre, für welche vergleichbare Daten existieren. Studien und Daten, die weiter zurückreichen, kommen zum gleichen Schluss. Der Ökonom Reto Föllmi und die Ökonomin Isabel Martínez schrieben bereits 2017: «Die Schweiz ist, was die Einkommensungleichheit der breiten Bevölkerung angeht, ein Hort der Stabilität.» Der Mittelstand ist nicht am Verarmen, und es tut sich auch keine Schere auf zwischen denen da oben und denen da unten.

Mehr noch: Der Medianlohn, der das Einkommen eines typischen Mittelschichtschweizers abbildet, ist in den letzten Jahrzehnten kontinuierlich gestiegen – nicht nur nominal, sondern auch real, also unter Berücksichtigung der Inflation. Im Jahr 2000 verdiente die Hälfte der Erwerbstätigen mehr als 5220 Franken. 2022 lag der mittlere Bruttomonatslohn bei 6788 Franken. Das ist ein nominales Plus von 30 Prozent oder ein realer Zuwachs von 14 Prozent. Noch grösser waren die Lohngewinne davor: 1960 verdiente ein gelernter Arbeiter – damals der typische Vertreter des mittleren Einkommensegments – pro Stunde 4 Franken respektive 720 Franken im Monat. Klar, damals war alles billiger, und

720 Franken reichten zum Leben. Zu heutigen Bedingungen entspräche diese Summe rund 3000 Franken.

Diese begrüssenswerte wachsende ökonomische Verbesserung will die Linke partout nicht wahrhaben: Die SP schreibt auf ihrer Website: «Die Lohn- und Einkommensschere öffnet sich stetig weiter.» Und bezüglich der «Einkommensschere» in der Schweiz schreiben die Syndikalisten: «Die Schweiz hat einen traurigen Spitzenplatz im OECD-Vergleich.» Nur: Dieser Spitzenplatz bezieht sich auf die kurze Periode 2012 bis 2018, in welcher der Gini-Koeffizient – das Mass der Einkommensungleichheit – nach Steuern und Transfers in der Schweiz am stärksten gestiegen ist. Über einen längeren Zeitraum hinweg sind die Einkommensverhältnisse aber recht stabil geblieben. Das zeigen die Forscherinnen und Forscher des Instituts für Schweizer Wirtschaftspolitik in Luzern mit ihrer Ungleichheitsdatenbank auf. «Das oberste Prozent verdient seit knapp hundert Jahren mit rund 10 Prozent konstant gleich viel», schreiben sie dazu in der «Volkswirtschaft». Der Einkommensanteil der Top-10-Prozent der Bezügerinnen und Bezüger ist seit den Achtzigerjahren nur leicht gestiegen – und zwar von 30 auf 35 Prozent.

Armutsquote bei 5,2 Prozent
 Klar gibt es Armut in der Schweiz, es gibt Junge und Alte, die nicht auf Rosen gebettet sind und nur knapp über die Runden kommen. Dieser Anteil dürfte gemäss Statistiken bei 10 bis maximal 15 Prozent liegen. Gemäss internationaler Bemessung liegt der Anteil der Minderbemittelten in der Schweiz sogar unter 10 Prozent. Das Mass ist die Deprivation, die in Europa die Quote jener Leute bestimmt, die ihre abgenutzten Möbel nicht ersetzen oder sich eine Woche Ferien oder ein Auto nicht leisten können. Dieser Anteil liegt gemäss Bundesamt für Statistik (BFS) bei 5,2 Prozent, «deutlich unter dem europäischen Durchschnitt». In Deutschland bewegt





Die Vermögen wachsen ständig

Anders als die Einkommen sind die Vermögen sehr **ungleich verteilt**. Doch auch der Mittelstand hat von steigenden Immobilien- und Aktienpreisen profitiert.

PETER ROHNER

Im Gegensatz zum Einkommen ist die Entwicklung der Vermögensungleichheit in der Schweiz schwierig zu messen. Dies, weil die Pensionskassenvermögen nicht steuerpflichtig sind und nicht in den Statistiken auftauchen. Und wenig ist das nicht: Insgesamt schlummern in der privaten Vorsorge 1200 Milliarden Franken.

Gut dokumentiert ist hingegen, wie stark der Kuchen insgesamt wächst: Gemäss Daten der SNB hat das Gesamtvermögen aller privaten Haushalte in zwanzig Jahren von 2400 auf 5500 Milliarden Franken zugelegt, davon stecken über 2500 Milliarden in Häusern und Wohnungen. Zieht man die Schulden von rund 1000 Milliarden ab, kommt man auf ein Nettovermögen von 4500 Milliarden.

Superreiche erhöhen den Schnitt

Diese Zahl sagt allerdings nichts über die Verteilung aus – und auch nicht darüber, ob es der Mittelschicht besser oder schlechter geht. Doch verschie-

dene Schätzungen machen deutlich, dass die Vermögen in der Schweiz im internationalen Vergleich sehr ungleich verteilt sind und dass die Konzentration in den letzten fünfzehn Jahren zugenommen hat.

Die grosse Vermögensungleichheit kommt zum Beispiel im «Wealth Report» der UBS zum Ausdruck: Der Bericht bescheinigt der Schweiz mit 685 000 Dollar das weltweit höchste Vermögen pro Kopf. Aber beim Medianvermögen, also genau bei der Mitte der Verteilung, liegt sie mit 170 000 Dollar nur auf Platz sechs. Statistikerinnen sprechen in einem solchen Fall von einer rechtsschiefen Verteilung, bei der viele kleine und mittelgrosse Werte ein paar extrem hohen Werten gegenüberstehen, die den (arithmetischen) Durchschnitt nach oben ziehen. Für den Mittelstand jedoch erfreulich ist, dass sich das Medianvermögen gemäss dem Bericht seit dem Jahr 2000 fast verdreifacht hat. Allgemein hat die Ungleichverteilung im UBS-Datensatz gemäss gängigen Kennzahlen wie dem Gini-Koeffizient leicht abgenommen.

Beim ausgewiesenen Reinvermögen, also dem, was die Steuerbehörde nach allen Abzügen zum steuerbaren Vermögen zählt, sieht die Sache je-

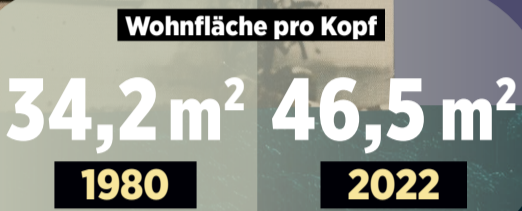
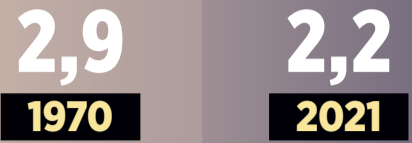
doch anders aus: Die Daten der Steuerverwaltung zeigen, dass der Vermögensanteil der reichsten 1 Prozent von 38 Prozent im Jahr 2005 auf 44,8 Prozent im Jahr 2020 gestiegen ist. Die obersten 10 Prozent halten 77,8 Prozent des Gesamtvermögens. 2020 gab es 374 000 Millionäre und Millionärinnen (circa 6 Prozent der Steuerpflichtigen) – das sind mehr als dreimal so viele wie 1997, als ihr Anteil bei 3 Prozent lag. Parallel dazu ist der Anteil natürlicher Personen, die gar nichts auf der hohen Kante haben, von 30 auf 22 Prozent gesunken. In der Mitte hat sich wenig geändert. 2020 hatten knapp 50 Prozent ein Vermögen über 50 000. 1997 lag der Anteil bei 40 Prozent (siehe Grafik).

Der Mittelstand verarmt nicht

Während die Schweiz bei der Einkommensverteilung im Mittelfeld liegt, hat die Konzentration der Vermögen am oberen Rand ein ähnliches Ausmass angenommen wie in anderen ungleichen Gesellschaften – etwa den USA –, obwohl die Schweiz als eines von wenigen Ländern eine Vermögenssteuer kennt. Ein Teil der Vermögenskonzentration könnte mit dem Zuzug schwerreicher Ausländer zusammenhängen. Laut Studien des Instituts für Schwei-

zer Wirtschaftspolitik an der Uni Luzern lässt sich der Anstieg in der Vermögensungleichheit hauptsächlich mit Buchgewinnen am Kapitalmarkt sowie mit steigenden Immobilienpreisen erklären. Dass die Mittelschicht deswegen verarmt, ist aber nicht zu belegen. Vielmehr hat auch sie in der Mehrheit von den höheren Häuserpreisen und steigenden Aktienkursen profitiert – wenn nicht im deklarierten Privatvermögen, dann in der Pensionskasse.

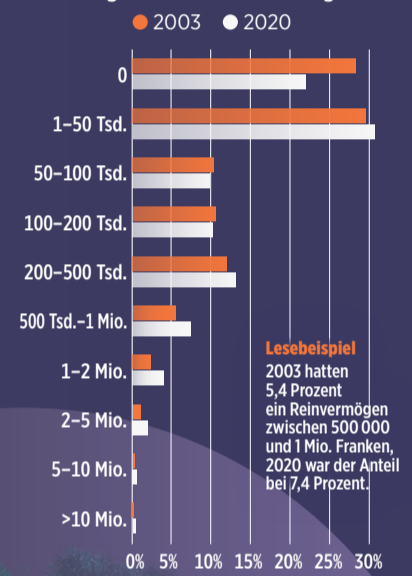
Belegung (Personen pro Wohnung)



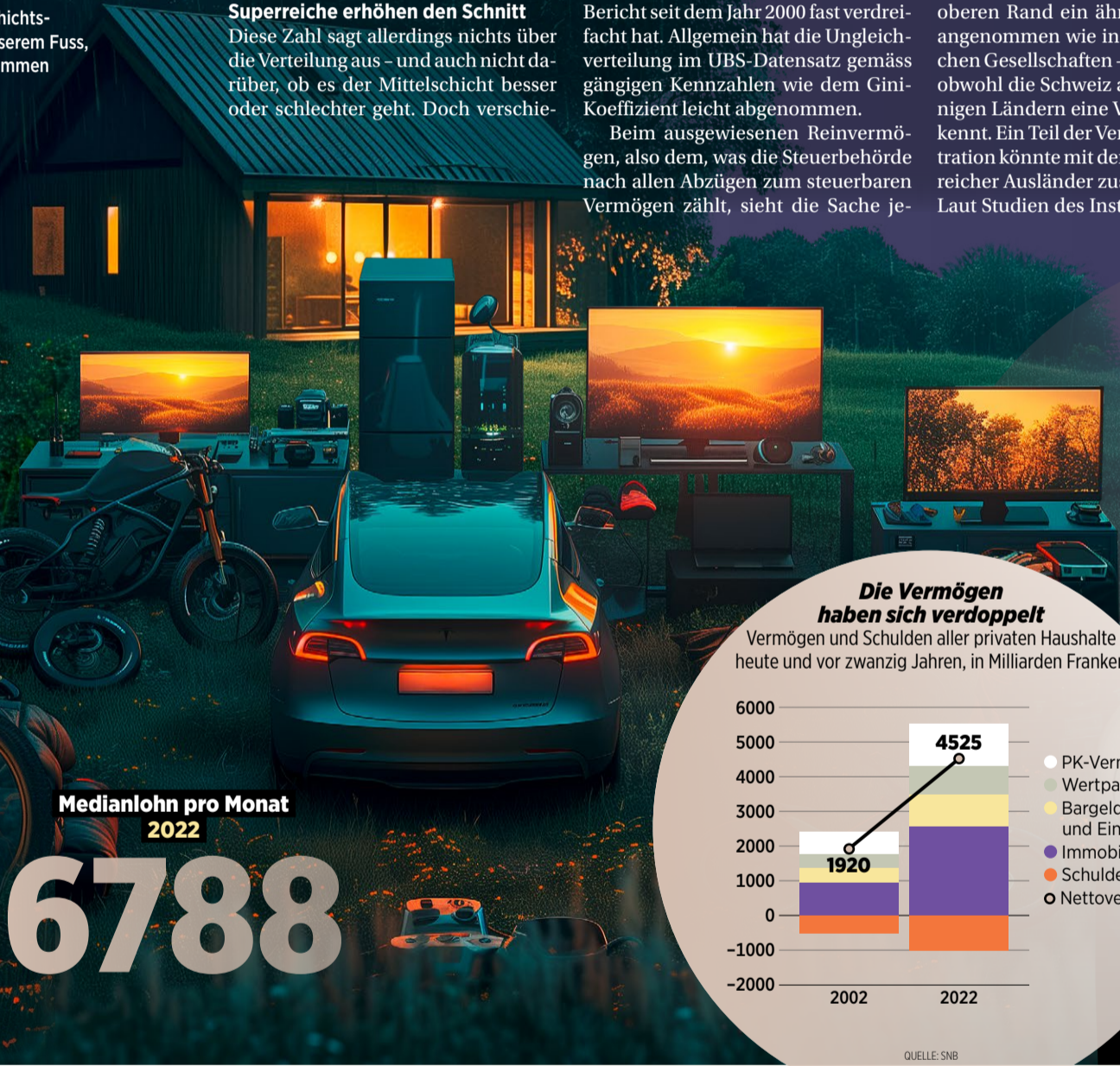
Die heutige Mittelschichtsfamilie lebt auf grösserem Fuss, und ihr Monatseinkommen liegt zwischen 8340 und 17 900 Franken.

Vermögensverteilung in der Schweiz

Anteil der Vermögensgruppen gemäss ausgewiesenen Reinvermögen*



* AKTIVEN MINUS PASSIVEN, VOR BERÜCKSICHTIGUNG DER SOZIALABZÜGE. QUELLE: VERMÖGENSTATISTIK ESTV, BFS

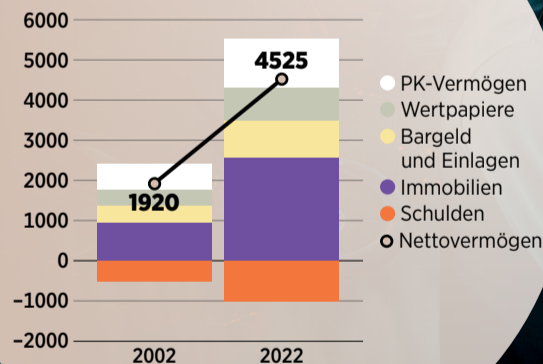


Medianlohn pro Monat 2022



Die Vermögen haben sich verdoppelt

Vermögen und Schulden aller privaten Haushalte heute und vor zwanzig Jahren, in Milliarden Franken



QUELLE: SNB

sich die Armutsquote bei 9 Prozent, in Ungarn bei 17,7 Prozent – und im europäischen Mittel bei 11,9 Prozent. Die Schweizer Mittelschicht aber, auch die untere, ist von dieser Art von Armut weit entfernt. Und dabei sind bei einer Einkommensbetrachtung die Vermögenswerte – der zweite Teil einer finanziellen Ausstattung – noch gar nicht eingerechnet. Da wären das AHV-Konto, das allen Rentnerinnen und Rentnern eine Basis in der Höhe von 1500 bis 2500 Franken garantiert. Oder die Vermögen in den Pensionskassen: Diese verwalteten 2021 total 1159 Milliarden Franken, die zum Grossteil dem Mittelstand zuzurechnen sind. Oder Immobilien: Auch da mischt der Mittelstand kräftig mit. «In der Schweiz weist die mittlere Einkommensgruppe generell eine gute Wohnsituation auf», resümiert die amtliche Statistik. Konkret: Der untere Mittelstand lebt zu 40,8 Prozent in den eigenen vier Wänden, also im eigenen Haus oder in der Eigentumswohnung. Bei der oberen Mitte sind es gar über die Hälfte. Das ist nicht viel mehr als bei der Oberschicht.

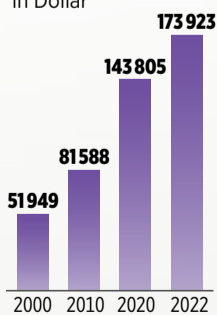
Immerhin hat ein guter Teil der Bevölkerung dank Wertsteigerungen von seinem Im-

mobiliensbesitz profitiert, wobei dieser in keiner Statistik auftaucht. «Für 52 Prozent der Schweizer Familien reicht das Einkommen nur knapp oder gar nicht», schreiben Pax und Pro Familia. Nur: Wie gross ist der Aussagewert einer Befragung, wenn die Vermögen gar nicht berücksichtigt werden? Als Antwort schreiben Pax und Pro Familia: «Natürlich spielt bei einer detaillierten Auslotung der finanziellen Situation das Vermögen eine Rolle. Dies ist aber nicht Gegenstand unserer Untersuchung.» Immerhin aber verleitet die «Untersuchung», eine Befragung, zu handfesten Forderungen.

Doch der finanzielle Zustand des Mittelstandes präsentiert sich anders, ungleich komfortabler. Dass es dem Gros der Bevölkerung nicht schlechter geht, lässt sich an Statistiken ablesen: Die Zahl der Einzelhaushalte wächst und wächst; mittlerweile leben fast 40 Prozent der Leute in Single-Haushalten. Auch der Anspruch an die Wohnfläche wächst mit jedem Jahr. Der Bundesrat schrieb kürzlich: «Die Pro-Kopf-Wohnfläche steigt seit Jahrzehnten unablässig.» Mittlerweile leben wir auf 46,6 Quadratmetern pro Kopf. Zwei

Medianvermögen nimmt weiter zu

Das Vermögen der typischen Mittelschichtsschweizer, in Dollar



Bäder sind heute Ausbaustandard. Dass diese wachsenden Ansprüche auch zur Verteuerung der Mieten führen, ist offensichtlich. Obwohl die Zahlen also in eine andere Richtung weisen, wird in der Politik und in den Medien seit Jahrzehnten die Verarmung des Mittelstands prophezeit. 1992 titelte «Cash»: «Der Mittelstand droht zu verschwinden»; 1999 schrieb die NZZ: «Der Mittelstand kommt unter die Räder.» Und jetzt sehen ihn Pax und Pro Familia auf dem Weg in die Armut.

Alarmismus hilft SP-Initiative

Der Alarmismus ist offenkundig überzogen, doch die Schreckensmeldungen spielen den Politakteuren in die Hände. Das war jüngst bei der Abstimmung über die 13. AHV-Rente so. Und schon kündigt sich die Prämienentlastungsinitiative der SP an, über die im Sommer abgestimmt wird. Der Initiative nach sollen die Krankenkassenprämien künftig nur noch maximal 10 Prozent des verfügbaren Einkommens betragen. Die dazu fälligen Prämienverbilligungen sollen zu mindestens zwei Dritteln vom Bund finanziert werden, den Rest sollen die Kantone übernehmen. Es wäre eine

Mehrbelastung in Milliardenhöhe, die wiederum über Steuererhöhungen berappt werden müsste. Dabei erhalten einkommensschwächere Gruppen bis in den Mittelstand hinein bereits heute staatliche Zuschüsse an die Krankenkassenprämien. 28 Prozent der Versicherten profitieren von Prämienverbilligungen, die den Bund und die Kantone 5,4 Milliarden Franken im Jahr kosten. Würde die Initiative angenommen, kämen weitere jährliche Belastungen von 7 bis 12 Milliarden bis 2030 dazu. Doch die Zuschüsse lösen das strukturelle Problem der steigenden Gesundheitskosten nicht. Zudem werden die wachsenden Kosten nicht primär vom Preisanstieg ausgelöst, sondern von einer Mengenausweitung, also einer steigenden Nachfrage der Versicherten. Mit einer Prämienverbilligung würde diese wohl noch weiter zulegen.

Der Kanton Waadt hat vorgemacht, wie das geht: Er hat 2018 eine weitere Prämienentlastung eingeführt und wendet nun 803 Millionen dafür auf. Er rutscht prompt in die roten Zahlen und wird nun zum Fall für den nationalen Finanzausgleich – diesmal nicht als Nettozahler, sondern als Bezüger.